



**Eine Welt Netzwerk
Hamburg e.V.**
Große Bergstraße 255
22767 Hamburg
Tel 040 / 358 93 86
Fax 040 / 358 93 88
info@ewnw.de
www.ewnw.de

Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2011 des Eine Welt Netzwerks Hamburg e.V.

vor der Bürgerschaftswahl am 20. Februar 2011

Die Antworten des GAL-Kandidaten Karsten Vollrath Wahlkreis 11

Bankverbindung
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto 1241 122 330

1. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe mit einer sinnvollen Gesamtstrategie

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg sieht Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Sie betrifft alle Fragen, die sich mit der globalen Verflechtung unserer Lebensbereiche stellen, und reicht von der Bildungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Umweltpolitik in Hamburg über die Auseinandersetzung mit Rassismus bis hin zur direkten Entwicklungszusammenarbeit mit PartnerInnen in Ländern des Südens und Nordens.

Oft macht leider die eine Hand genau das, was die andere zu verhindern sucht. Stichwort Klimawandel: Plastisches Beispiel ist hier das geplante Kohlekraftwerk Moorburg, das Unmengen an CO₂ ausstoßen wird, während an anderer Stelle versucht wird, diese Emissionen einzudämmen. Bislang findet keine regelmäßige Berichterstattung und keine Debatte über die entwicklungspolitischen Auswirkungen der verschiedenen Felder der Senatspolitik statt. Außerdem fehlt eine Diskussion über die entwicklungspolitische Gesamtstrategie des Senats. Wir halten dies aber für eine Selbstverständlichkeit, schon allein um Transparenz zu erzeugen und Ansätze für ein kohärentes Vorgehen zu schaffen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Hamburgs Entwicklungspolitik kohärenter wird und dass der Senat seine Aktivitäten einem regelmäßigen, entwicklungspolitischen Monitoring unterzieht?

Ja, Entwicklungspolitik muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden, die in Hamburg insbesondere die Bereiche der Wirtschaft-, Umwelt-, Bildungs-, Kultur- und Integrationspolitik betrifft. Gerade Hamburg mit seiner Geschichte als Hafen- und Handelsstadt muss sich seiner Verantwortung in der Entwicklungspolitik stärker stellen. Ich unterstütze deshalb insgesamt die Forderung, dass entwicklungspolitische Aufgaben in allen Politikbereichen konsequent mitgedacht werden. Als wichtigen Schritt in diese Richtung würde ich einen regelmäßigen Bericht des Hamburger Senats über das entwicklungspolitische Engagement der Freien und Hansestadt Hamburg begrüßen.

2. Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik

Seit vielen Jahren fordert das Eine Welt Netzwerk Hamburg einen entwicklungspolitischen Beirat, der konkrete Leitlinien für die Hamburger Entwicklungspolitik formuliert und weit reichende Kompetenzen hat.

Immerhin: Im Juni 2010 hat der neu gegründete Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik seine Arbeit aufgenommen. Bedauerlicherweise hat er aber ein sehr eingeschränktes Mandat. Vorgesehen ist lediglich, dass das ehrenamtlich arbeitende Gremium auf Senatsanfragen reagiert und Stellungnahmen - oder gar Gutachten - zu deren Anliegen erstellt. Eine Eigeninitiative der Experten und Expertinnen ist nicht vorgesehen. Zudem ist der Rat an die Legislaturperiode gekoppelt und seine Zukunft somit ungewiss.

Wir halten eine kontinuierliche Arbeit des Rates über eine Legislaturperiode hinaus für sinnvoll und effektiv.



Setzen Sie sich für einen Entwicklungspolitischen Rat ein?

Ja. Die GAL war die treibende Kraft dafür, dass die Wiedereinrichtung des Entwicklungspolitischen Beirates geprüft wurde. Ergebnis dieser Prüfung war die Gründung des heutigen Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik in seiner aktuellen Besetzung. Die GAL möchte diesem wertvollen Gremium verlässlichere Arbeitsstrukturen geben und wünscht sich eine Fortführung der Arbeit in personeller Kontinuität. Der Rat hat bereits interessante Vorschläge erarbeitet, die weiterverfolgt werden sollen. Besonders wichtig erscheint uns dabei die Aktualisierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien.

3. Finanzierung Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Auch wenn wir Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe sehen und finden, dass fast alle Aktivitäten der Politik und Verwaltung entwicklungspolitische Auswirkungen haben, so interessiert uns doch ganz besonders der Bereich Internationales.

Seit 2008 sind die Haushaltsansätze in den schon vorher gering ausgestatteten Bereichen Städtepartnerschaften, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit insgesamt um 85.000 Euro gekürzt worden. Zudem wurde die institutionelle Förderung von entwicklungspolitischen Vereinen vor längerer Zeit gestrichen.

Diese finanzielle und personelle Ausstattung der genannten Haushaltstitel ist einer modernen und weltoffenen Hafenmetropole unwürdig. Auch im vorliegenden Haushaltsentwurf 2011/2012 sind die Ansätze reduziert worden.

Werden Sie diese Titel aufstocken?

Eine Erhöhung der entsprechenden Haushaltstitel würde ich sehr begrüßen. Angesichts der notwendigen Sparmaßnahmen fürchte ich allerdings, dass eine Erhöhung derzeit nicht durchsetzbar sein wird. Deshalb ist mein vorrangiges Ziel, erneute Kürzungen zu verhindern.

Nicht verschwiegen werden soll, dass die Titelerhöhung für Städtepartnerschaften im Zuge der Städtepartnerschaft mit Dar-es-Salam auch eine Entlastung des Titels für Entwicklungszusammenarbeit nach sich ziehen wird, weil die Projekte mit Dar-es-Salam bisher daraus gezahlt wurden.

Setzen Sie sich für eine institutionelle Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen der entwicklungspolitischen Arbeit in Hamburg ein?

Ja. Oft braucht es nicht viel, um die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen der Entwicklungspolitik zu ermöglichen oder sinnvoll zu verbessern. Die GAL hat deshalb in ihr Wahlprogramm aufgenommen, dass im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftliche Organisationen auch wieder institutionell unterstützt werden sollen. Außerdem wollen wir mit der Wiedereinführung der so genannten „Kleinstmittelförderung“ der Stadt wieder die Möglichkeit geben, kleinere entwicklungspolitische Initiativen in ihre Förderung mit aufzunehmen.

4. Rolle der Zivilgesellschaft

Die meisten der entwicklungspolitischen Aktivitäten, die von Hamburg ausgehen, werden von Akteuren der Zivilgesellschaft angestoßen, getragen und vorangetrieben. Auch viele MigrantInnen in Hamburg engagieren sich in Initiativen und gründen eigene Vereine, die migrations- und entwicklungspolitische Themen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Leider bleibt deren Arbeit oft unsichtbar und sie haben mit verschiedenen Benachteiligungen zu kämpfen, etwa beim Zugang zu öffentlichen Geldern.

Wie stellen Sie sich angesichts der Haushaltskürzungen die Unterstützung neuer entwicklungspolitischer Initiativen und speziell von MigrantInnen-Organisationen vor, von denen viele zu den Mitgliedern des Eine Welt Netzwerks Hamburg zählen?

Viele Initiativen und Vereine von Migrantinnen und Migranten sind wesentlicher Bestandteil der entwicklungspolitischen Szene der Hansestadt Hamburg. Migrantinnen und Migranten sind oft die Brückenbauer in der Eine-Welt-Politik. Gerade eine Stadt wie Hamburg, die wie kaum eine andere von Migrationsgeschichten mitbestimmt ist, hat hier ein Potential, das es zu unterstützen gilt. Die GAL hat in ihr Wahlprogramm deshalb die Förderung dieser Organisationen im Rahmen der Entwicklungspolitik der Hansestadt mit aufgenommen. Finanzierbar wird dies durch eine nachhaltige und behördenübergreifende Haushaltsdisziplin, der Wiedereinführung der Kleinstmittelförderung und hoffentlich eine moderate Anhebung des Titels für Entwicklungszusammenarbeit.

5. Globales Lernen / Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich verpflichtet, die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Nachfrage, etwa von Schulen, nach innovativen Projekten zum Globalen Lernen wächst – auch in Hamburg. Leider sind viele Vereine, die Projekte zum Globalen Lernen anbieten, gar nicht in der Lage, den vielen Anfragen gerecht zu werden.

So genießt beispielsweise die EWNW-Mitgliedsgruppe open school 21 bundesweit hohe Anerkennung für ihre Projekte und Methoden. Sie bietet gemeinsam mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel der Kinderkulturkarawane, den peace brigades international oder der Bramfelder Laterne, das Potential ein Zentrum für Globales Lernen in Hamburg zu werden. Dafür mangelt es allerdings sowohl an den dafür notwendigen Ressourcen als auch an der politischen Unterstützung. Es fehlt an einer Grundförderung, die es ermöglicht, langfristig zu arbeiten und auf den wachsenden Bedarf und die höheren Ansprüche an Qualität angemessen reagieren zu können.

Setzen Sie sich dafür ein, das Globale Lernen in Hamburg wirksam zu stärken?

Ja. Ich unterstütze das Engagement der open school 21. Die GAL hat sich stets für eine Förderung dieser Projektidee eingesetzt. Die open school 21 hat Konzepte erarbeitet, bei denen es darum geht, die Themen der nachhaltigen

Entwicklung und globaler Verantwortung kritisch und kreativ zu erfassen und gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Angesichts des wachsenden Bedarf an außerschulischen Angeboten im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wird die Erhöhung der bestehenden Grundförderung der open school 21 besonders zu prüfen sein.



6. Flüchtlinge

Im Rahmen seiner Verantwortung für eine zukunftsfähige globale Entwicklung und den Ausgleich von reichen und armen Ländern könnte Hamburg eine wichtige entwicklungspolitische Aufgabe darin sehen, Vertreibung, Fluchtursachen und Armut zu bekämpfen. Ein erster Schritt wäre, den Menschen aus Afghanistan, Serbien, Kosovo, dem Irak und anderen Ländern hier – in einer der reichsten Städte der Welt - Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Dazu gehört auch, den vielen Tausenden Menschen, die in der Hansestadt seit vielen Jahren nur mit einer Duldung leben, eine Perspektive zu ermöglichen. Bislang dürfen sie nicht arbeiten und den Jugendlichen bleibt eine Ausbildung verwehrt. Zudem leiden sie unter den Sondergesetzen, die ihre Freizügigkeit einschränken. Sie haben auch eine schlechtere Gesundheitsversorgung und noch weniger Geld zum Leben als Harz-IV-EmpfängerInnen.

Besonders besorgniserregend ist die Situation für Flüchtlinge, die von Hamburg aus in das Lager Nostorf/Horst bei Boizenburg geschickt werden. Familien leben dort völlig abgeschieden, die Kinder können keine Schule besuchen!

Werden Sie sich – vor Ort und auch auf Bundesebene - für eine ernst gemeinte Gleichberechtigung und für mehr Rechte und Lebensperspektiven für die Hamburger ohne Aufenthaltstitel einsetzen?

Ja, Sie sprechen hier schwerwiegende Missstände an. Ich möchte, dass wir die landespolitischen Spielräume nutzen, um den etwa 5.000 „Geduldeten“ in Hamburg den Zugang zu Deutschkursen, Kita und Schule, Ausbildung, Arbeit und Wohnung zu ermöglichen. Die Beschränkungen durch öffentliche Unterbringung und Residenzpflicht müssen abgeschafft werden. Insbesondere die Unterbringung von Flüchtlingen in Nostorf/Horst muss beendet werden. Abschiebungen und Abschiebehaft sind traumatische Erlebnisse. Wo wir sie politisch nicht verhindern können, müssen höhere Mindeststandards als bisher gelten. Besonders schutzbedürftige Gruppen wie Minderjährige, Schwangere, Kranke und Alte sollen nicht in Abschiebehaft genommen werden. In der Abschiebehaft wollen wir die Bedingungen verbessern, das gilt insbesondere für Beratungs- und Kontaktmöglichkeiten.

Auch Menschen ohne Papiere haben das Recht auf Bildung und Ausbildung, auf gesundheitliche Versorgung und auf Lohn für geleistete Arbeit. Dafür wollen wir uns auch weiterhin einsetzen.

7. Militarisierung

Wir meinen: Im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens sollte sich die Stadt verpflichten, die Produktion, den Handel oder den Transport von Waffen nicht mit Mitteln der Hamburger Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Hamburg sollte sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Beschränkung von Rüstungsproduktion und -export einsetzen.

Welche konkreten Initiativen werden Sie ergreifen?

Hamburg ist auf grüne Initiative hin Mitglied der internationalen Nichtregierungsorganisation „Mayors for Peace“ geworden. Das Städtenetzwerk ist eine breite Bewegung gegen Rüstung und für den Frieden. Die Grünen setzten sich darüber hinaus für ein wasserdichtes internationales Waffenhandelsabkommen ein, um den unmenschlichen Kreislauf von Krieg, Waffen und Gewalt in vielen Regionen dieser Welt endlich zu durchbrechen.

8. Postkolonialismus

Keine andere Stadt in Deutschland hat von der europäischen Kolonialexpansion so stark profitiert wie Hamburg als „Tor zur Welt“. Das „koloniale Erbe“ ist im Stadtbild nach wie vor präsent – und beeinflusst unser Denken und Handeln. Leider wird Hamburgs Kolonialvergangenheit bis heute vom „offiziellen“ Hamburg ignoriert, verklärt, und verdrängt. Und das, obwohl einige Initiativen seit vielen Jahren auf das Fehlen postkolonialer Erinnerungsorte hinweisen. Diese Ignoranz ist peinlich für eine Stadt, die Weltmetropole sein will und in der Menschen aus allen Kontinenten leben. Immerhin: Es gibt vereinzelte Ansätze in den Bezirken. In Wandsbek etwa wird diskutiert, ob Straßennamen, die nach Kolonialherren benannt sind, umbenannt werden. Dennoch fehlt ein Gesamtkonzept der Hamburger Politik.

Werden Sie aktiv diese historische Verantwortung Hamburgs mit Leben füllen?

Ja. Ich möchte, dass sich Hamburg systematisch seiner Kolonialvergangenheit stellt, diese aufarbeitet und die Konsequenzen für heute und morgen diskutiert. Gerade die GAL Wandsbek ist in dieser Diskussion besonders engagiert. Lettow-Vorbeck, Schimmelmann & andere Kolonialherren, Sklavenhändler und Militärs zeigen, dass sich das koloniale Selbstbild und die Erinnerungskultur Hamburgs erst langsam wandelt. Sicher wird diese Aufarbeitung ein langer Prozess, der vielleicht zu einem zentralen Hamburger Erinnerungsort des Kolonialismus als Zwischenergebnis führen könnte. Denkbar wäre auch ein Stadtrundgang zu den Spuren des Kolonialismus. Wie bei kaum einem anderen Thema ist es aber wichtig, dass wir diese Fragen nicht nur unter Hamburgerinnen und Hamburgern führen, sondern auch die andere Perspektive mit einbeziehen. Migrantinnen und Migranten aus ehemaligen Kolonien sollten ebenso wie unsere Partnerstadt Dar-es-Salam in solche Prozesse eingebunden werden.

9. Öffentlicher Einkauf der Stadt Hamburg



Wachstum über alles? Wir meinen: Nein. Bei Entscheidungen müssen die Auswirkungen auf ArbeiterInnen und Umwelt mitbedacht werden. Löhne unter dem Existenzminimum, Gewerkschaftsverbote und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen: Das ist bei der Produktion von Computern, Blumen, Textilien, Lebensmitteln, Grab- und Straßensteinen leider oft traurige Realität.

Immerhin: 2009 hat der Senat endlich die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im Vergabegesetz verankert – allerdings nur bezogen auf einige wenige Produktgruppen wie etwa Bekleidung und Spielzeug. Computer, Telefone und Kopierer zum Beispiel stehen nicht auf der Liste.

Zudem sind leider noch immer keine konkreten Auswirkungen des reformierten Vergabegesetzes zu spüren.

Werden Sie die Zentralen Beschaffungsstellen in den Hamburger Behörden dazu anhalten, das Gesetz anzuwenden und seine Wirksamkeit zu überprüfen?

Ja. Die GAL möchte das Hamburgische Vergabegesetz (HmbVgG) weiterentwickeln und konsequent zur Anwendung bringen. Zum einen müssen weitere Produktgruppen, insbesondere im IT-Bereich, mit einbezogen werden. Desweiteren wollen wir eine regelmäßige Bewertung über die sogenannten kritischen Produktgruppen und verlässlichen Zertifikate. Zudem wollen wir eine Modernisierung des Vergabesystems, die der Stadt die vergaberechtliche Beschaffung aus einer Hand ermöglicht. Wir brauchen hierzu eine umfassende Evaluation des neuen Vergaberechtes und der konkreten Praxis.

Wann und für welches Produkt erwarten Sie die erste Ausschreibung größeren Ausmaßes, bei dem soziale und ökologische Kriterien ausdrücklich Berücksichtigung finden?

Die rechtlichen Grundlagen für eine solche Ausschreibung sind geschaffen. Sie könnte also schnell kommen. Welches Produkt zu welchem Zeitpunkt entsprechend ausgeschrieben wird, wage ich nicht vorherzusagen. Wichtiger als die Frage, wann die erste derartige Ausschreibung kommt, finde ich jedoch die Frage, ob sie auch im Ergebnis gut ist. Entscheidend ist, dass am Ende keine Ware aus Kinderarbeit, für Hungerlöhne oder aus schwer umweltschädlicher Produktion von Hamburg gekauft wird.

10. Hamburger Entwicklungspolitik

Welche entwicklungspolitischen Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Die GAL wird sich auch in Zukunft mit Engagement der entwicklungspolitischen Szene der Stadt widmen und sich für globale Gerechtigkeit einsetzen.

Mir liegen dabei drei Themen besonders am Herzen: 1. Die Auseinandersetzung mit Hamburgs kolonialem Erbe, 2. Der Umgang mit „Geduldeten“ und 3. Fair Trade im Hamburgischen Beschaffungswesen. Bei allen drei Themen können wir in Hamburg wichtige Beiträge leisten.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement in der Eine-Welt-Politik!